



Pflegekräfte vor Anerkennung als Schwerarbeiter: Ein wichtiger Reformschritt!

Sozialministerin Schumann plant Reformen zur Anerkennung von Pflegeberufen als Schwerarbeit, um bessere Bedingungen für Arbeitnehmer zu schaffen.

Vienna, Österreich - In einer bemerkenswerten Entwicklung plant das Sozialministerium die Aufnahme von Pflegekräften in die Schwerarbeitsverordnung. Sozialministerin Korinna Schumann hat angekündigt, dass eine umfassende Prüfung der bestehenden Regelungen stattfinden wird. Diese Initiative soll die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte und verwandte Berufsgruppen verbessern, die sich mit hohen körperlichen und psychischen Belastungen konfrontiert sehen. Zu diesen Berufsgruppen gehören Sanitäter, Spitalsärzte und Beschäftigte in mobilen Diensten. Diese Forderungen sind nicht neu. Bereits zuvor haben verschiedene Personen und Institutionen auf die unzureichende Berücksichtigung der Belastungen im Gesundheitsbereich hingewiesen.

Eine Neuregelung soll am 1. Januar 2026 in Kraft treten. Diese sieht unter anderem vor, dass Pflegekräfte mit mindestens 45 Versicherungsjahren und mindestens zehn Jahren Schwerarbeit in den letzten 20 Jahren bereits mit 60 Jahren in Pension gehen können. Um diese Reform zu unterstützen, sind im Budget 40 Millionen Euro vorgesehen. Die Gewerkschaft der Privatangestellten fordert zudem Lösungen für alle Betreuenden, einschließlich der in der Behindertenhilfe, mobilen Diensten sowie der Kinder- und Jugendhilfe, und erkennt, dass viele Berufsgruppen in hohem Maße durch ihre Tätigkeit belastet sind.

Hohe Belastungen im Gesundheitsbereich

Die Belastungen für Beschäftigte im Gesundheitswesen sind oft enorm. Laut dem Arbeitsklima-Index fühlen sich 60 % der Pflegebeschäftigten stark belastet. Dies steht in direktem Zusammenhang mit dem hohen Druck, Personalmangel und den Herausforderungen durch Schichtarbeit. Die aktuelle Schwerarbeitsregelung benachteiligt zudem das Gesundheitswesen, und es gibt individuelle Entscheidungen der Pensionsversicherung zur Anerkennung von Schwerarbeitszeiten, die weitreichende Folgen haben können.

Die neue Regierungskoalition, bestehend aus ÖVP, SPÖ und NEOS, plant eine Reform zur offiziellen Anerkennung von Pflegekräften als Schwerarbeiter:innen. Diese Reform wurde bereits im Regierungsprogramm skizziert, welches am 27. Februar vorgestellt werden soll. Die Gewerkschaften im Gesundheitsbereich, wie die GÖD-Gesundheitsgewerkschaft und younion – Team Gesundheit, haben diese Initiative lange gefordert. Der Beschluss, Pflegeberufe in die Schwerarbeitsregelung einzubeziehen, wird als wichtiger Schritt für eine bessere Arbeitsumgebung angesehen.

Ein zentraler Punkt der Diskussion ist die Berechnung der Schwerarbeitszeiten auf Stundenbasis, um eine faire Bewertung aller Gesundheitsberufe zu gewährleisten. Der Kärntner Landtag hat im November 2023 einstimmig dem Antrag zugestimmt, alle Berufsgruppen im medizinisch-technischen Dienst anzuerkennen, was einen weiteren Fortschritt in dieser Thematik darstellt.

Zukünftige Herausforderungen

Die Prognosen zeigen, dass bis 2050 rund 70.000 zusätzliche Pflegepersonen benötigt werden. Angesichts dessen ist die gesetzliche Anerkennung der Pflegeberufe als Schwerarbeit nicht nur ein Schritt in die richtige Richtung, sondern auch von entscheidender Bedeutung, um die bestehenden

Herausforderungen im Gesundheitswesen zu adressieren.

Herwig Seiser von der Kärntner SPÖ betont die Wichtigkeit dieser Reform für langjährige Pflegekräfte, während Edgar Martin von youunion – Team Gesundheit die Neugestaltung der Schwerarbeitsregelung als bedeutenden Etappensieg ansieht. In Anbetracht der Tatsache, dass 29 % der Pflegekräfte unter 35 Jahren ihren Job nicht länger ausüben wollen, ist es unerlässlich, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen.

Durch diese geplanten Maßnahmen erhofft man sich nicht nur eine bessere Anerkennung und Würdigung der Pflegeberufe, sondern auch einen Anreiz, den Beruf im Gesundheitswesen langfristig attraktiver zu gestalten.

Die Entwicklungen in diesem Bereich werden weiterhin aufmerksam verfolgt, und es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Reformen tatsächlich umgesetzt werden können.

Für weitere Informationen lesen Sie mehr bei **vienna.at** oder bei **neuezeit.at**.

Details	
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • neuezeit.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at